

Anzeigenpreise: Die halbpaltene Wollmeterzelle oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Wollmeterpreis: Die Wollmeterzelle 3 gepalpen oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Wagnispreis: Durch Kursträger 1000.— Ml. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Ml. 8500.— Ml. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juni. — Reaktionsprechstunde: 5—8 Uhr nachmittags Volkshochschule: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 119,

Freitag, den 25. Mai 1923.

5. Jahrgang.

„Kommunistenputsch! Rote Hundertschaften! Verbrecher!“

Der Riesenkampf der Lohnsklaven an der Ruhr / Seine wahren Ursachen

Ausdehnung des Sympathiestreiks

Nach Blättermeldungen aus dem Ruhrgebiet ruht auf sämtlichen Zechenanlagen der Betrieb. Man nimmt an, daß es sich um einen Sympathiestreik für die Ausständigen des Dortmunder Bezirks handelt. Der kommunistische Sicherheitsdienst in Gelsenkirchen ist gestern abend gemeldet worden. Durch Maueranschläge wird bekannt gemacht, daß der Verkehr von 10 Uhr abends bis morgens 5 Uhr gesperrt bleibt.

W.B. Gelsenkirchen, 24. Mai. Als neues Moment ist zu der bisherigen Bewegung der Streik der Arbeiter hinzutreten, der wohl als Sympathiestreik für die Dortmunder Streikenden bezeichnet werden muß. Heute früh schon waren an einzelnen Zechenanlagen die Belegschaften in den Ausstand getreten. Heute nachmittag hat die Zahl der Streikenden erheblich zugenommen und auch die arbeitswilligen industriellen Werke schließen sich dem Ausstand an.

Die Zahl der Streikenden

Dortmund, 25. Mai

Die Zahl der Streikenden beträgt nunmehr 138.000. Eine Reihe weiterer Zechen- und Metallbetriebe sind in den Streik getreten. Die Zentralstreikleitung setzt sich aus Mitgliedern aller Organisationen zusammen, und zwar vom Deutschen Metallarbeiterverband 9, Fabrikarbeiterverband 1, Deutscher Lehrerbund 1, Freie Gewerkschaftsbund 1, Union der Hand- und Kopfarbeiter 4, Hirsch-Sunderliche 1, Synthalisten 1. Die Zentralstreikleitung hat einen Aufruf herausgegeben, in dem sie sich gegen das Märchen des politischen Charakters des Streikes wendet und die Gewerkschaften noch einmal zur Anerkennung des Streikes auffordert.

In Langendreer, Witten, Bochum und anderen Orten haben sich eine Reihe Großbetriebe dem Streik angeschlossen.

Der „Vorwärts“ meldet!

Nachdem der „Vorwärts“ die Lohnbewegung im Ruhrgebiet als einen kommunistenputschversuch hingestellt hat, schreibt er in seiner gestrigen Abendausgabe:

„Die seit der Einsetzung der rein bürgerlichen Regierung einseitig gezeigte Arbeiter-schaft geistete Lohnpolitik muß verschwinden, wenn nicht die Erregung der hungernden Massen immer wieder zu neuen Explosionen führen soll. Hoffentlich handelt die Regierung, indem sie diese Zustände durch sofortiges Eingreifen schleunigst beseitigt. Die Auswanderung der Ruhrbevölkerung ist eine so grenzenlose, daß nur ein eintägiges Eingreifen gegen diesen Wucher und eine Besserstellung der Lebenshaltung der Bevölkerung die Ruhe sichern kann.“

Damit bestätigt der „Vorwärts“ die Meldungen der kommunistischen Presse, daß von jetzt der Bevölkerung eine spontane Massenbewegung gegen die erhöhte Kohlenräuberei und den Wucher eingesetzt hat.

Arbeiterwehren und Kontrollausschüsse

Gelsenkirchen, 25. Mai

Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit dem Magistrat führten zu dem Ergebnis, daß zu dem öffentlichen Sicherheitsdienst eine Arbeiterwehr gebildet wird, zu der die freien Gewerkschaften 150 Mann, die Union der Hand- und Kopfarbeiter 100 Mann, die Christlichen 75 Mann, und die Hirsch-Sunderliche 75 Mann stellen. Die Leitung ist entsprechend paritätisch zusammengesetzt. Der bürgerliche Selbstschutz ist vollkommen zerstreut. Die Kontrolle und Herabsetzung der Preise wird fortgesetzt. Eine Mas-

Sie haben wieder ihr Stichwort, die Herren von der bürgerlichen Presse. Um die Schmach zu vertuschen, daß die Anilin-patrioten, die Industriellen und Grubenbarone das Ruhrgebiet an Frankreich verschachern, daß die Stinnesbrüder durch wahnsinnigen Lohndruck in der Zeit allgemeinen Hungers die Abwehrfront meucheln und das Volk zur Verzweiflung treiben — um diese schamlose Profitpolitik zu vertuschen, heult man über die Schlechtigkeit der Kommunisten! Edle Skrodelstränen!

Was sich zurzeit im Ruhrgebiet abspielt, ist eine elementare, spontane Massenstreikbewegung. Die unaufhörlichen Preissteigerungen für alle lebensnotwendigen Gegenstände, die freche Unnachgiebigkeit der einzelnen Zechendirektionen, das jämmerliche Ergebnis der zentralen Verhandlungen im Bergbau infolge der Untätigkeit der Gewerkschaften haben eine ungeheure Erbitterung in der betrogenen und verratenen Ruhrarbeiterschaft aufgespeichert. Die bewußten Provokationen der Polizei und ihrer Spitzel sowie der bürgerlichen Faschisten und Selbstschützer haben den Funken ins Pulverfaß gemorfen.

Vom „Vorwärts“ bis zum letzten monatlichen bürgerlichen Rechtsblatt erhebt sich wieder das wohlbekannte Geschrei von der „kommunistischen Aktion“. Die ungeheuren Massen der Streikenden, die Hunderttausende von Demonstranten sind nach diesen Pressereptilen alles Kommunisten, die mit der bewaffneten Macht (und sei es die französische) niedergeschlagen werden müssen. Zu oft hat die Arbeitererschaft diese Melodie

sendemonstration, an der sich etwa 45.000 Arbeiter beteiligten, setzte sich für die Arbeiter-Kontrollausschüsse ein.

Frankreich soll Polizeiverstärkungen zulassen

Münster, 25. Mai

Von Seiten der Reichsbehörden ist aus Münster und Düsseldorf bei den Franzosen beantragt worden, daß Schutzpolizei aus Düsseldorf, Hamborn, Duisburg und Elberfeld nach Gelsenkirchen geschickt werden kann. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wird deutscherseits ersucht, daß man wenigstens die Entsendung von Kriminal-Beamten zuläßt. Der gleiche Antrag ist auch für Essen gestellt. Da man Kenntnis davon erhalten hatte, daß Kommunisten von Rothhausen und Gelsenkirchen aus im Anmarsch sich befinden. Aus dieser Meldung ist klar ersichtlich, wer in Wahrheit mit den Franzosen zusammenarbeitet.

Die Ursachen des Streiks

Die Ursache des Streiks liegt in der schweren Notlage, in der sich die rheinischen Bergarbeiter (wie auch die in den anderen Teilen des Reiches) befinden. Der „Weltlichen Arbeiterzeitung“ wird dazu geschrieben:

Seit dem 9. Februar d. J. war im deutschen Bergbau keine Lohnaufbesserung erfolgt. Der Lohn wurde nach dem damaligen Dollarkurs von 19.500 Mark festgesetzt. Die Preise sind langsam aber stetig in die Höhe gegangen. Seit Anfang Mai hat nun eine neue Geldwertverwertung von ungeheurem Ausmaß eingesetzt. Der Dollarkurs stieg von 19.500 auf 45.500 Mark am 16. Mai. Die Bergarbeiter verlangten schon Anfangs April, daß die Löhne der Leistung entsprechend aufbessert werden. Die Ruhrbergleute waren in ihrem Lohnverlangen infolge der Ruhrbesetzung noch besonders geschädigt. Der arbeitende Bergmann wird hier nach Geld bezahlt (Wagen- oder Metergeld). Laut Tarifvertrag vom 9. Februar 1923 soll der Durchschnittslohn der Gewerkschaften zu dem sta-

gehört, als daß sie sich von diesem Schwindel irgendwie beeinflussen ließe.

Es sind die arbeitenden Massen des Ruhrgebiets, die spontan in den Kampf traten. Ihre Forderungen sind berechtigt. Selbst der „Vorwärts“ schrieb vor kurzem über „die Notlage im Ruhrgebiet“!

Die Kommunisten lassen die kämpfende Arbeiterschaft nicht im Stich. Sie tun alles, was in ihrer Macht liegt, um die Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken, die proletarische Kampfdisziplin zu stärken, damit durch den geschlossenen Kampf der Arbeiterschaft die aufgestellten Forderungen erreicht werden.

Mit Stolz können die Kommunisten verzeichnen, daß ihre Arbeit Erfolg hat und die Massen immer mehr ihre Aufforderungen zur Disziplin beherzigen.

Verächtlich ist das Verhalten der freigewerkschaftlichen reformistischen Führer, die wieder den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen, zum Streikbruch auffordern und Aufäufe herausgeben, die den Faschistenhänden das Stichwort liefern, über die Arbeiter herzufallen.

Die Kommunisten lassen die Arbeitenden nicht im Stich. An die Gesamtarbeiterschaft richten sie erneut die Mahnung, den Ruf der Ruhrarbeiter zu hören und aktive Solidarität zu üben.

Durch den Druck der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands muß die Bourgeoisie gezwungen werden, ihre blutige Unterdrückungspolitik gegen die kämpfenden Ruhrarbeiter aufzugeben.

Einigen Sachanlagen 14.993 Mark betragen. Durch die passive Resistenz wurde aber der größte Teil der Kohlenhauer aus ihren Arbeitsplätzen herausgenommen und zu Reparaturarbeiten herangezogen. Der höchste Reparaturlohn beträgt nach demselben Tarif aktuell 12.950 Mark. Die Zechenherren vereinbarten mit den reformistischen Gewerkschaftsführern, daß den Arbeitern dann auch der Lohn der Arbeitsgruppe gezahlt werden soll, in der sie beschäftigt werden. Bei den Kohlenhauern macht das einen täglichen Lohnverlust von 1943 Mark oder monatlich zu 25 Arbeitstagen 48.375 Mark.

Viele Bergarbeiter werden aber auch „am Tage“ zu allen möglichen Arbeiten herangezogen und haben dann einen noch größeren Lohnverlust. Durch Kalkülen der Koksöfen entsteht diesen Arbeitern gleichfalls ein Lohnverlust von rund 50.000 Mark monatlich. Daß dieser Zustand bei Fortschreiten der Teuerung, die in den letzten Wochen selbst nach der bürgerlichen Presse um über 80% gestiegen ist, unhaltbar geworden ist, steht außer allem Zweifel.

Die Zechenherren erklärten auf die Lohnforderungen der Bergarbeiter, sie wollten die Löhne abbauen laut Schiedspruch wurde nun für die Zeit vom 1. bis 15. Mai eine Lohnzulage von 1740 Mark vereinbart, und ab 15. Mai sollen pro Schicht durchschnittlich 3500 Mark gezahlt werden. Diese „Lohnerhöhung“ ist selbstverständlich angesichts der herrschenden Teuerung völlig ungenügend.

Die Zechenherren haben aber die Lohn-erhöhung noch mehr unterbunden, indem sie im Einverständnis mit den reformistischen Führern wie der Reichsregierung die Kohlenpreise von 114.117 Ml. (Zeitförderertabelle) auf 143.510 Ml., also um 29.493 Ml. pro Tonne (27 Prozent) erhöhten. Die Grubenbarone wissen genau, daß durch diese neue unverschämte Kohlenpreis-erhöhung alle Lebensbedürfnisse im Preise um ungeschätzt ebensoviele steigen müssen.

Angesichts dessen ist die von den Kumpeln geforderte Lohnerrhöhung nicht nur eine berechnigte, sondern eine Minimalforderung, die angesichts des neuen Marksturzes, der Verdoppelung der Eisenbahn, der Erhöhung der Gütertarife, der Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise schon morgen überholt sein wird.

Zwei SPD-Stimmen Arbeiter, wo steht Ihr?

Der „Vorwärts“ (Berlin): Die kommunisten u. Monarchisten sind eifrig bestrebt, die demokratische Republik zu beseitigen. Sie leisten durch ihre unheilvollen Bestrebungen dem Vorgehen der wahrhaftigen Imperialis-ten an Ruhr- und Rhein Vorschub. Deshalb müssen beide nach wie vor mit der gleichen Energie bekämpft werden, wie die gewerksmäßigen Schieber und Wucherer.

Die „Volkstimme“ (Frankfurt): Die bayerische Regierung hat ihr letztes Ausnahmegericht in einem Aufruf u. a. mit der Verleumdung begründet, daß die Kommunisten Frankreich im Ruhrgebiet unterstützen. Das Verbot des „Ruhr-Echo“ zeigt wohl jedem, daß die Behauptung des Kabinetts Dr. Brüning eine Verleumdung ist. Die Kommunisten haben sich am passiven Widerstand gegen den französischen Militarismus stets beteiligt. Das muß von der Wahrheit wissen gesagt werden.

Die Toten in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 24. Mai

In den hiesigen Krankenhäusern befinden sich sieben Tote. Drei davon gehören dem bürgerlichen Ordnungsdienst an. Von den zahlreichen Verletzten schweben fünf in Lebensgefahr.

Die Lage in Dortmund

Dortmund, 24. Mai

Die Lage in Dortmund ist unverändert. Neu in den Streik trat die Zeche Hardenberg. Tonderelzig Streikenden sind bisher zwei ihren Verletzungen erlegen.

Der Faschistenaufruf

In Bochum sind Truppen einmarschiert, offenbar aus Gelsenkirchen. Sie tragen grüne Abzeichen, zum Teil grüne Schöpfe, grüne Kragen oder grüne Schleifen.

Die Lohnpolitik der Freien Gewerkschaften

Die arbeitgemeinschaftliche Gewerkschaftsbürokratie treibt mit ihrer Lohnpolitik immer tiefer in den Sumpf. Noch nie waren die Löhne so tief gesunken wie heute, sie betragen weniger als ein Drittel des Vorkriegslohnes, sie sind fast auf ein Viertel dieses Maßes herabgesunken. Das bedeutet bittere Verelendung des Proletariats. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sehen heute ihre einzige Aufgabe darin, die Regierung Cuno zu stützen, was gleichbedeutend ist mit dem Schuß und der Verteilung der heutigen (schamlosen) Unternehmensprofite und Kapitalistenrenten. Derin die Regierung Cuno ist nichts anderes als die Sachwalterin der besitzenden Klasse, die jeden Widerstand gegen die Ausbeutung, die Auswanderung und den Papierlohnbetrug blutig niederschlägt.

Anstatt daß die Führer der freien Gewerkschaften die ganze Macht der 8 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter einsetzen, um die politischen Voraussetzungen für eine gesunde Lohnpolitik zu schaffen, anstatt daß sie sich mit allen auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden proletarischen Organisationen und Partein verbinden, um eine unüberwindliche Einheitsfront herzustellen, sehen die heutigen Führer der FGD ihre Aufgabe darin, im Verein mit den Führern der Christen und Hirsche die Politik der Cuno-Regierung durchzuführen.

Im Interesse der Regierungspolitik haben sie bisher jede wirkliche Lohnbewegung verhindert und den Arbeitern vorgerebet, die Mark werde stabilisiert, wenn sie auf Lohnerrhöhungen verzichten. Wo, wie jetzt im Ruhrgebiet, die hungernden Massen spontan in den Streik treten, erklären die FGD-Führer den Streik als wilden Streik und fordern öffentlich zum Streikbruch auf. In im Saargebiet haben sie mit den Regierungsgeldern aus dem Rhein-Ruhr-Fonds einen langen Streik geführt, solange die Regierung ein Interesse daran hatte. Sobald diese keinen Wert mehr auf den Streik legte, wurde er von den Gewerk-

Aus Breslau

Was will der Bühnenbolschewismus?

Der Bühnenbolschewismus hat an alle Plakatwände große Affischen kleben lassen, und fordert zum Beitritt auf. Wer ist der Bühnenbolschewismus?

Der Bühnenbolschewismus ist eine christlich-deutschnationale Vereinigung, die dem Volke das deutsche Theater erhalten will. Allerdings auf keine, auf kapitalistische Art. Es verlangt sich, das Plakat Punkt für Punkt durchzusetzen.

Der Bühnenbolschewismus will: soziale Kunstpflege im Sinne vollständig deutscher Kultur und christlicher Lebensauffassung. Soziale Kunstpflege? Was ist denn das? Nach unserem Sinne würde das bedeuten eine Inanspruchnahme der Kunst des Theaters, bei welcher die ausübenden Künstler vor jeder Notwendigkeit geschützt sind. Soziale Kunstpflege schließt materielle Opfer der Geniesenden an die Schaffenden ein. Aber das will der Bühnenbolschewismus nicht. Er will staatliche Subventionierung der Bühnen (städtischen und privaten) fordern. Der Bühnenbolschewismus will aber diese soziale Kunstpflege nur im Sinne „deutscher Kultur“ und „christlicher Lebensauffassung“. Im Sinne deutscher Kultur? Man müßte annehmen, daß unter diesem Schlagwort der Bund sich verpflichtet fühlt, lebende deutsche Dramatiker vor allem zu Worte kommen zu lassen. Man denkt an Berthold Brecht, Bronnen, Gulenberg, Kaiser, Sternheim, Wildgans. Aber der Spielplan zeigt uns nur den einen unbekannteren Protege des Bühnenbolschewismus: Brües, „Die Fische Gottes“. Wegen Fische, (wenn sie nicht mit Bier zu tausende Saustudientenanfänger sind), hätten wir ebensowenig einzutenden, wie gegen Gott oder Brües. Aber der Bühnenbolschewismus hat sich mit dem „Totentanz 1921“ des Leo Weismantel selbst die Maske abgerissen. Der Bühnenbolschewismus (BWB.) hat nämlich christliche Lebensauffassung. Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben. Das Volk aber rebelliert jetzt gegen die christliche Kirche, die sich zur Dine

des Kapitals erniedrigt hat. In allen Gegenden, wo die Bevölkerung besonders stark kirchlich beeinflusst war, konnte man die Beobachtung machen, daß das Theater sich nur durch leichte Operetten und alberne Schwänze notdürftig erhalten konnte. Die christliche Kirche bewies tausendfach ihre Theater- und Kulturfeindschaft. Warum entdeckte sie plötzlich Gefühle für die Bühnenkunst? Die Kirche samt ihren Oberhirten hat erkannt, daß das Theater nicht nur Unterhaltungs-, sondern vielmehr Kultstätte sein kann. Mit echten jesuitischen Anstrengungen bemüht sie nun die Schaubühne, um das abtrünnig zu werden drohende arbeitende Volk wieder sanft in die Arme der Kirche (und somit in die demütige Unterwerfung unter die Fuchtel der Kapitalisten!) zurückzuführen. Der BWB. ist nur Mittel zum Zweck: die unbedingte Macht der Zweifelt Kirche und Geldsack zu stärken. Das Programm des BWB. bedeutet Entrevolutionierung der Massen bis zum Moment der offenen Gegenrevolution.

Der Bühnenbolschewismus will: Planmäßige Erziehung zum schöpferischen Kunstgenuß.

Was für die deutschbolschewischen christlichen Kreise schon unter „schöpferischen“ h. geistig mitwirkendem Kunstgenuß verstehen mögen, beweist uns ein Vorfall im Residenztheater in München anlässlich einer Aufführung von Berthold Brecht's „Dicht“. Die deutsch-christlichen Kulturheuschrecken warfen unter Pfeifen und Jochen (nach dem deutsch-böhmischen Beobachter) „unermessliche“ Tränensomben und Stinkbomben. Das ist die schöpferische Mitarbeit, zu der das Volk erzogen werden soll. Intoleranz gegen andere Meinungen ist von jeher das Vorrecht der Kirche, und wird es bleiben. Und Rühelhaftigkeit ist das Vorrecht der deutschen Kultur.

Herrn Dietrich Eckardt's Matt „Der völkische Beobachter“ empfiehlt den Söhnen Zeits in Nr. 97 vom 21./22. Mai 1923 wörtlich: „Ein Theateraal ist nicht der Ort, wo man die Aufhebung eines Stückes durchdrückt. So etwas hat im Zimmer des Intendanten zu geschehen. Dort muß die Bombe niedergelegt werden.“

Das ist schöpferische Mitarbeit! Im Theater darf nach unserer Auffassung wie in der Kirche der BWB. heute weder eine Weisheit noch eine Mißfallensäußerung laut werden. Für uns Proletarier ist das Theater eine Kulturstätte.

Der Bühnenbolschewismus will: Erhebliche Verbilligung der Eintrittspreise. Wir bemerken schon unter „soziale Kunstpflege“, daß diese materielle Opfer der Geniesenden an die Schaffenden in sich schließt. Die Rettung des BWB. besteht aus Vertretern von Kirche und Kapital. Welche binden ihre Opfer auf Kosten der Minderbemittelten. So auch hier. Wir wissen, daß die deutschen Theater sich nur noch mit staatlichen und kommunalen Zuschüssen finanzieren können. Die aufgebrauchten öffentlichen Mittel fließen zu 95 Prozent aus den Taschen des arbeitenden Volkes. Der Schauspieler, der Bühnenangestellte aber kann vom Theaterleiter unmöglich so bezahlt werden, daß er, entfernt von materiellen Sorgen, nur seiner künstlerischen Sendung leben kann. Der proletarische feindsichtige, gegenrevolutionäre BWB. verspricht auf Kosten des arbeitenden proletarischen revolutionären Volkes seinen Mitgliedern einhalb bis dreiviertel Preisnachlaß. Er treibt ein Dumping mit der Kunst. Seine gegenrevolutionären Bestrebungen zu unterstützen ist das Proletariat gerade gut genug. Die „erhebliche Verbilligung der Eintrittspreise“ zeigt den unheilvollen Einfluß der rechtsstehenden Kreise in der Regierung. Dem BWB. werden durch die lächerlich niedrigen Eintrittspreise in den öffentlichen Theatern Unsummen von Staatsgeldern indirekt zugeflossen. Die deutsche Demokratie gibt also einem Verbands, der sich gegen diese Demokratie richtet, Mittel zur Belämpfung seiner selbst in die Hand. Jeder anständige Arbeiter, der sich einer derart schamlosen Kunstausbeuter-Organisation nicht anschließen will, muß neben den Steuern, die er für das Theater durch Lohnabzug aufbringen muß, noch 100 bis 200 Prozent mehr bezahlen, muß das Defizit des Theaters aus eigener Tasche decken helfen.

Wir fordern: Ein Theater, das dem BWB. Vorstellungen gibt, ist verpflichtet, (da zurwendung öffentlicher Mittel selbstverständlich auch öffentliche Pflichten fordert), seine Eintrittspreise so zu halten, daß die Ermäßigung des BWB. nicht mehr als 20 Prozent beträgt. Auf diese Weise werden die Theater im Interesse der Allgemeinheit gezwungen, eine vernünftige Preispolitik zu treiben. Die Proletarier wollen auf keinen Fall, daß unsere Klassengenossen auf den Brettern hungern müssen um unentwilt. Wir wollen nicht Schuld tragen an der zunehmenden Revolution der revolutionären Künstler.

Der Bühnenbolschewismus will: Geistige Erneuerung und wirtschaftliche Beherrschung des deutschen Theaters.

Geistige Erneuerung, das heißt auch dem Jargon des BWB. ins Vulgar-deutsch übertragen: Geistliche Antiquitierung. Wenn wir von einer Erneuerung reden, denken wir an Zukünftiges. Wir leben in geistiger Erneuerung revolutionäres Theater. An einem Theater, das in unserem Sinne geleitet würde, würden vor allen Dingen die Dichter der Gegenwart zu Worte kommen. Das Theater würde zum Herbrüten geladen sein mit unerwarteten Spannungen und Explosionen. Die Zuschauer müßten Mitleidende, Mißspielende werden durch den Geist der Revolution, der alles um uns mit seinem segnenden Hauch zu neuem Leben erweckt. Der BWB. zeigt und in seinen Vorschlägen das Gegenteil. Ein Antiquitätenladen ist, neben dem Programm für 1923/24 gestellt noch ein Geschäft mit allerletzten Meisterwerken. Der BWB. will von der Gegenwart eben so wenig wissen wie von der vorausgehenden Zukunft. Wie schon gesagt, der einzige lebende Autor, der würdig ist, zu Worte zu kommen ist der vollständig unbekanntere Brües mit dem „Fischen Gottes“. Wir sehen weiter: des fromm-saitigen Spaniers Calderon de la Barca, Marie Rohold, Hebbels „Herodes und Marianne“, vom Geheimrat von Goethe „Gnomon“ und „Götter der Verlichtungen“, Schopenhauer's, des Romantikers langweiligen Schick

Das russische Kinderheim im Thüringer Wald

Dieser Tage fand die feierliche Eröffnung des proletarischen Kinderheims in Zambach-Deitz statt, das aus der Ruhestätte der russischen Genossenschaft gestiftet ist. Im großen Saal eines wundervollen, ehe-naligen Erholungsheimes, das von der Stiftung gepachtet ist, war der erste Transport von 36 Kindern aus dem Ruhrgebiet versammelt, dazu zahlreiche Gäste aus der Arbeiterbewegung.

Im Namen der Sowjetgenossenschaft übergab ein Vertreter der Kooperationssektion das Heim seiner Bestimmung. Er wies auf das Beispiel internationaler genossenschaftlicher Solidarität, daß die russischen Konsumvereine, voran der „Zentrosowjet“ in Moskau, mit ihrer Sammlung von 1000 Pfund Sterling (zirka 170 Millionen) gegeben haben und wünschte den Ruhrkindern eine Kinderheimzeit voll reicher Erlebnisse für Körper und Geist. Er brachte die Freude der russischen Genossenschaft zum Ausdruck über die Tatsache, daß es ihnen vergönnt sei, die sie bereits zahlreiche Kinderheime in Russland errichtet hätten, nun auch in Deutschland das erste proletarische Kinderheim schaffen zu können, welches der Obhut der deutschen Genossenschaft anempfohlen sei. Im Namen der Kinder des genossenschaftlichen Kinderheims „Mjanowa Krasnaja“ wurden 2 große, selbstgemalte Wandbilder für den Saal überreicht. Der Vorliegende der Kinderkommission, Gen. Geringer (Jena) dankte für die genossenschaftliche Aufmerksamkeit, sowie allen Genossen, die zum schnellen Erfolge der Arbeit beigetragen hätten, insbesondere auch den deutschen Konsumvereinen für ihre Hilfe bei der Beschaffung von Lebensmitteln und anderen notwendigen Sachen. Der Bürgermeister von Zambach brachte seine Freude zum Ausdruck, daß in dieser herrlichen Lage des Thüringer Waldes, in einer Arbeiterstadt, das Heim liege und er hoffe, daß es bald viele solcher Heime gäbe und diese eine dauernde Einrichtung würden. Die heilige Arbeiterkraft werde das Heim als ein proletarisches Kleinod behüten. Er schloß mit einem Hoch auf die Dritte Internationale, deren Geis hier durch die Tat spreche. Es folgten noch Ansprachen eines Vertreters der Zentrale der KPD, der 2 Wandbilder überreichte, eines Lehrers, sowie von Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen. Die Ruhrkinder selbst, die das Heim mit Blumen und Fahnen geschmückt hatten — am Eingang war ein großer roter Sowjetfahnen mit Hammer und Sichel in der Mitte, aus gelben Blumen — jungen Kampflieder und trugen revolutionäre Gedichte vor. Die Leiterin des Kinderheims, Gen. M. A. Bittel dankte im Namen der Heberschaft aller Säug- und erzählte von den Leben und Taten im Heim, das für die kurze Zeit von je 4-6 Wochen für die Kinder eine proletarische Spiel- und Arbeitsschule sein werde. Es liege hier die Arbeiterkinder aus dem Ruhrgebiet her gekommen, nicht um actionmäßig zu werden, oder Almosen zu empfangen, sondern als selbsttätige Arbeiterkraft einzusetzen zu lassen, sondern, um jeden Tag die proletarischen Solidarität zu leben, der

Schul. Süßer Milchsaft und Weißbrot bereite dann die jungen und alten Genossen bis zum Abend.

Das Heim besteht aus 2 modern eingerichteten Gebäuden mit zirka 50 Zimmern, mit Hof, großem Park, mit einer Quelle, Feld und Spielhallen in herrlicher Lage auf einem Bergabhange oberhalb Zambachs.

Die russische Solidarität hat sich hier ein herrliches Denkmal in die Herzen aller deutschen Arbeiterkinder gesetzt.

Im Grünen

Von Johannes Harns

Die Kastanienbäume haben feierliche Kränze aufgesteckt. Smaragden Schimmer das helle Laub. Gänge, überdacht von dem Grün der Bäume, ziehen sich am Fluß entlang. Die Frühlingsluft des frühen Abends lockt die Städter aus der heißen Großstadtenge. Mädchen finden sich im heißen Liebesdrange. Es ist, als wäre alles bese und alles häßliche von der Welt verschwunden wäre. Strahlendes Lachen, lockendes Flüstern erfüllt den Park im geheimnisvollen Dämmerlicht. Ganz von fern wehen farbige Melodien herüber. Jrgendwo rötet sich ein nächtlicher Himmel vom Weisheit heller Lampen.

Dem Schein entgegen! Ich gehe langsam. Eine Wiedergeburt der Daphnisfeste scheint mir das Leben. Rosende Jodler rechts und links des Weges. In einsamen Spaziergängern glüht Sehnsucht nach Erfüllung. Näher ertönt Stimmengewalt. Musik wird lauter. Uebertönt herrlich das Geflüster auf den Bänken. Marschschritten bewegen den Gang. Drängend wirbelt die Trommel. Die Pause schlägt ein. Militärmärsche, der eben meisten noch im Ohre klingen. Der „eiserne Rhythmus“ des Kriegsstablandes. Es gibt noch sehr viele Menschen, die eine Wiederholung der Schritte in Schritt und Brüstel sich herbeiwünschen. Sogar Männer sollen unter ihnen sein, die sofort sich einer Kommandantur im neu eroberten Gebiet zur Verfügung stellen würden, wenn es wieder gilt, die Franzosen besetzt zu haben.

Hinter einer Krümmung des Weges wird von aufdringlichem Bogenlampenlicht das frischleuchtende Grün gelb gefärbt. Unter alten Kastanienbäumen sieht die Mensch, er und lauschen den Klängen der Blasmusik. Vor jedem steht ein Maß Bier, ein Schoppen mit gelber oder dunkelbrauner Flüssigkeit. Der behohlene Alkoholgehalt des „flüssigen Brotes“ wird durch ein zehne Schmaße verfrachtet. Die letzten Töne des Militärmarsches verhallen in launigen schlagähnlichem Pauken. Die roten roten Pragen der Spieler klappen gegeneinander.

Ich setze mich neben einen kleinen Handwerkermeister. Die Menge des kleinen Alkohols hat keine Lust ganz hypnotischen, energielosen Jage zu einer wackligen George Groß-Pflichtigkeits bergert. Seine Augen treten weit aus den Höhlen. Seine Waden haben jämmerliche freudevolle Feste. Er wendet sich zu mir. Seine Stimme ist rau und heiser. Sein Strömker

„Das waren doch noch schöne Zeiten nicht wahr? Als die Soldaten ihre Beine so rauschschmissen nicht wahr? Ich war alt bei dem 1. Garderegiment zu Fuß. Und die Parade vor dem Kaiser, nicht wahr? Jetzt ist alles vorbei! Ja, ja, jetzt ist alles vorbei. Der Deutsche muß seine Schmach nach dem Unteroffizier bei der Plechmusik im Konzertgarten stillen. Der Untergang des bürgerlichen Parabelstrebens ist tragisch. Die meisten Unteroffiziere, die heute als Subalterne Beamte unsere Postämter und Magistratsbüros füllen, haben mit dem öffentlichen Paradedemarsch ihre geistige Erholung verloren. Das Kleinbürgertum trauert der Zeit nach, in der wohl ein Ei 8 Pfennige kostete, was aber auch noch eine wirkliche staatliche Autorität über sich fühlte. Der deutsche Bürger (und auch der verplebete Arbeiter) ist Soldat. Er ist unglücklich, wenn er nicht ab und zu von einem Unteroffizier angerufen wird.“

Am Abendliche spielen etliche von den Kleinbürgern, die bedingungslos jeder Regierung folgen, die ihr die gute alte Zeit verspricht. Stal. Nach eigener Versicherung schon 4 Stunden. Für einen Bürger entwickeln sie einen erhellenden Aufwand an Temperament. Nach jedem Spiel drohen sie sich wegen einer verlegten ausgeprägten Karte in die Haare zu fassen. Die grenzenlose Steinarbeit des Bürgers offenbart sich hier am meisten. Die folgen auch der unfinnigsten Parole. Vorausgesetzt, daß das heiligste Privilegium, ihr Recht auf ihr lässliches Eigentum nicht bedroht wird. Die politisch völlig indifferente Masse aus Heuchelmoral, Langeweile und Stupidität wird sich wie eine eise, zähe Schleimmasse jedem Fortschritt entgegenstemmen. Sie sind selbstgenügsam.

In einer anderen Ecke des Gartens sitzen einige völlig besoffene Farbenstudenten. Befachend mit Teebeuteln. Stolz auf ihre heroischen Laufleistungen bringen sie im Chor:

Frau Birnin hatte einen Jud
Der war ihr ganz von Herzen gut.
Er wollte ihr geben alles,
Doch eh' sie Geld von Moische nahm
Strug sie lieber Dalles.

Die Studier mit Juden- und Proletenhass sind die zukünftigen Führer des Bürgerlums. Anno 48 war die akademische Jugend Sturmtrupp und Hoffnung der Revolution. Jetzt sind sie Verkörperung schwarzer Reaktion. Die Rechte wollen Rechte als Führer. Unterthan sind sie alle nur dem einen Götzen: Geldsack!

Mich nimmt wieder der alte, hebetrunzene Park auf. Die Bäume flüstern zu den Menschenkindern, die sich enger und enger umschlingen. Die jungen Proletarier, die unter rauschenden, fernbedeckten Kastanien sich finden, sind unverdorben in ihrer reinen Lieb. Aus dem Konzertgarten, über dem eine Staubwolke von Sababquaim und saurem Bier schwebt, ertönt die Weile: „Ach Josef, ach sei doch nicht so feisch!“

Eine Studentenreihe hat die Fenster offen. Die Kinder der Schloßanlage der bürgerlichen Familien wiehern ungedulde Straßen von Donikajus Klewetter.
Die alten Bürger sind ihrer Jugend zuge-

Das Weltgericht

(Für proletarische Sprechstube)

Chor der Jungen: Es flammt ein heißes Licht aus Millionen Herzen:

Alle: Wir sind das Weltgericht!

Chor der Werktätigen: Uns rufen tausend Schmerzen der alten Sklavensaat, die uns in Haft und Glend hält.

Chor der Frauen: Wir sind das Weltgericht, das über Gram und Leid dem Wahnsinn dieser Zeit ein letztes Urteil spricht.

Chor der Werktätigen: Zum Weltgericht, das Urteil bröckelt aus der Fackel, Höllezwang, wo unser Dasein, matt und krank, wie unter tausend Wunden stöhnt.

Ein Einzelner: Wo uns das Riffen müde schlug, die Seele uns zertrümmert.

Chor der Werktätigen: Wir wuchten und schuften tagelung, tagelung, in rauch- und larmdurchstossen Räumen; wir hasten und kafften im Straßenbraus, in Werttagüber-schäumen.

Ein Einzelner: Und werden krumm und alt dabei, im ewig gleichen Sineslei.

Chor der Werktätigen: Viel Arbeit und Sorge, ein wenig Brot, die alten Kleider, enge Zimmer, so stumphen wir im Joch der Not, als Latentieb, noch immer.

Ein Einzelner: Und quaden uns langsam in den Tod; von Lebensfreude keinen Schimmer.

Chor der Alten: Und sind wir krumm und sind wir alt, wir sind gemein und roh und kalt die Herrschaftsmante auf die Straße, dem Glend dieser Welt zum Fraße.

Alle: So dröhnt die Klage, tief und schwer, die Welt! Sie klapptes Leben her!

Chor der Frauen: O uns! ... Schau her du Weltgericht, du Volk der Arbeitshände: Aus unfrem, bleichen Angesicht, brennt Schrei um Schrei: Ein Ende. Der Frauen Not und Leid und Qual, des Daseins finstern Jammeraal! Wir wollen leiser Hörd uns schreien: Nicht Rückenlaben woll'n wir sein, gepöschelt von launigen Alltagsgenen! Uns ohne ein neuer Lebensmorgen, in dem die Freude aufsteht, als Mensch, die Faust durchs Leben geht!

Chor der Werktätigen: Als Mensch Gemeinschaft wir verbunden, befreit von allen Glendsmunden.

Alle: Ja — Mensch! Das Urteil ist gesprochen ... Nun auf zum Kampf! Angewandte Arbeit! Die Welt ist unser! In unsern Händen wird die Welt umgestaltet!

Chor der Werktätigen: Wir Werttaggen werden fallen, an Stelle aller der Welt, Gesellschaft in den Lebensraum!

Alle: Wir gehen uns der Arbeit hin; die Welt hat sich voll gemacht, die Glend hat sich voll gemacht, auf Proleten, proben nicht, zum Kampf, zum Sieg, zum Weltgericht!

„Die Freier“ (Gott weiß, weshalb sie gerade den ausgegraben haben). Kleists „Zerbrochener Krug“ lesen wir vielleicht nur deshalb, weil der Dichter Kleist durch den mißverständlichen „Bräutigam von Homburg“ zum teutschen Schriftsteller gestempelt wurde. Neßrons „Zu eherner Erde und im ersten Stoch“ ist eine Wiener Wölfe, die vor 73 Jahren aktuell und als sozialistisch angehaucht gelten konnte. Raimund „Der Verschwendler“ und „Der Bauer als Millionär“ sind Sauterposten aus dem gemütlichen, patriarchalischen Wien, die wir lieber im Operntheater hören möchten. Die drei großen „O“, Schiller, Schafstede und Strindberg, sind (absichtlich?) durch die schwächsten Erzeugnisse ihres Genies vertreten. Ibsens „Vollkommenheit“ ist den Breslauern schon seit Vorkriegszeiten bekannt worden. Es ist bei der Tendenz des BVB, seine Protagees zu unterstützen (Weismantel, Costello) zu befürchten, daß die miserabelste Bearbeitung des Stückes, die von Dietrich Eckart, der Stinbomden für geistige Waffen hält, zur Aufführung kommt. Der Direktor des Theaterhauses sei gesagt: Die einzige Uebersetzung des „Peer Gynt“ stammt von Christian Morgenstern. Dieses Spielprogramm beweist zur Genüge, daß der BVB sich nur von der Vergangenheit nährt. Er will uns auch zum Goldenen Mittelalter zurückführen, zur Sturgie der Hallschen Kirche.

Wie sich der BVB bei seiner Preispolitik die wirtschaftliche Gesundung des deutschen Theaters vorstellt, ist uns vollkommen unklar. Jedenfalls will er von Reich, Staat und Gemeinde noch größere Zuschüsse erpressen und die Eintrittspreise für Nichtorganisierte in die Höhe treiben. Der BVB hat nebenbei großes Interesse für Pilettantenaufführungen, für mittelalterliche Mystereispiele nach dem Muster von Oberammergau, Ausschaltung des Berufs-Theaters und Ersatz der darstellenden Künstler durch Priesterseminaristen und deutsch-nationale Studenten! Das deutsche Theater gedenkt nicht durch die Experimente des BVB und der kapitalistischen Klasse. Das deutsche Theater ist eine Angelegenheit der strebenden revolutionären Proletariat. Das Theater den Klauen der kapitalistischen Klasse zu entreißen tariats zu überführen, muß Ehrenpflicht jedes und in das Eigentum des kämpfenden Proletariats übertragen werden. Nur in den Händen der Proleten kann das Theater auch wirtschaftlich gedeihen.

Der Bühnenbolschewismus will: Zusammenfluß der wahrverwandten Volksgenossen aller Stände zur mitschaffenden, mitleidenden christlichen Theatergemeinschaft.

Der BVB wiederholt in diesem letzten Programm alle vorhergesagte. Die wahrverwandten Volksgenossen christlich-deutsch-nationaler Art sollen unter Führung von Zehrenbach, Kardinal-Erzbischof Faulhaber, Sr. Kgl. Hoheit Johann Georg, Herzog zu Sachsen, Anthroposophen Friedrich Piehhard, Stegerwald und vielen anderen Führern der christlichen Reaktion einen Einmütigen gegen die drohende rote Flut der Weltrevolution bilden.

Ein Proletariat, der sich an diesem Bund beteiligt und ihn mit einem Jahresbeitrag von 500 Mark unterstützt, handelt als Berräter an seiner eigenen Klasse.

Die Zustände im „Zeltgarten“

Wirtschaftliche Lage der Angehörigen. — **Wirtschaftliche Darstellungen.** — Aus den Zeltgärten wird es ersichtlich, daß die Produktionsverhältnisse im Zeltgarten schon seit Jahren jeder Verbesserung. Trotz der scheinbaren Zerstörung werden die Angehörigen dennoch als auch an das arbeitslose Personal ohne Beschäftigung, die man nicht für möglich halten sollte. (So erhält ein Arbeiter monatlich 1000 und 1000 6000 Mk.). Diese enorme Wucherung ergibt ein Lohnniveau, das die Arbeiter in die Irre führt. Die Arbeiter nicht einmal die Mindestlohn bezahlen. Dasselbe beträgt für den Monat Mai 234 000 Mark. Wenn man bedenkt, daß ein Tag arbeitsloser Arbeiter 1000 bis 1500 Mk. kostet, so hat man ein Bild von dem Wirtschaften. Die Zeltgarten-Direktion hat es aber bisher vorgezogen, mit minderwertigen Sektoren sehr hohe Preise zu zahlen. So wurde beispielsweise in der ersten Märzwoche ein Stück geblieben, welches die Zeltgarten-Direktion in weitaus Deutschland damals hatte und das sozial unmögliche Niveau erweist, daß man nur Mühe mit dem Verkauf dieses nationaler Schmattes haben konnte. Aber auch die Darsteller leisteten in hundert Prozenten und es gelang es, die Zeltgarten-Direktion zu überzeugen, daß die Arbeiter ebenfalls überaus reich werden, daß jeder, der die Verhältnisse näher kennt, auf den Plakaten dem Publikum klar dargestellt, daß es sich um eine rezeptive Kolonialwirtschaft handelt. Man ist es, daß man die bewundernswürdigen Leistungen im Zeltgarten — wie aus vorerwähnter Seite mitgeteilt wird — aus der folgenden Übersicht

Gauleiter Lehmann (Berlin) vom BVB. kündigt mit den Unternehmern gegen die Forderungen der Streikenden

Die Unternehmer als Zureiber für den Baugeverksbund

Am 8. Mai hat im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht einen Schiedsspruch gefällt, nach dem die Chemnitzer Bauarbeiter nicht mehr fordern dürfen, als der Reichsarbeitsvertrag bringt. Dieser Schiedsspruch bedeutet, daß die Chemnitzer Bauarbeiter auf ihre im vorigen Jahre erlangten Rechte auf Ferien, Gehaltssteuern usw. verzichten sollen. Der getreue Papst-Anhänger, Lehmann-Berlin, stimmte stamm mit den Unternehmern gegen seine im Kampf stehenden Verbandsmitglieder.

Die Mitglieder des Verbandes der Ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Chemnitz haben diesen Schiedsspruch abgelehnt und beschlossen, als Antwort an das Unternehmertum statt 5000 Mark Streikbeitrag 15 000 Mark Streikbeitrag pro Woche zu erheben.

Die Unternehmer sind selbstverständlich mit dem Schiedsspruch einverstanden. Er entspricht vollständig ihren Wünschen. Leider haben die Bürokraten des Baugeverksbundes es verstanden, bei ihren Mitgliedern die Annahme des Schiedsspruches durchzubringen. Zum Dank dafür erklären nun die Unternehmer, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden kann und zwar werden nur Bauarbeiter eingestellt, die ein Mitgliedsbuch des Deutschen Gewerksbundes vorzeigen können. Die Unternehmer sind Zureiber für die Bürokraten geworden.

Die übergroße Mehrheit der Chemnitzer Bauarbeiter ist aus dem Baugeverksbund ausgeschlossen und in dem Verband der Ausgeschlossenen organisiert. In einer überfüllten Versammlung am 14. Mai haben die Mitglieder des Verbandes der Ausgeschlossenen mit über 90 Prozent Stimmmehrheit beschlossen, den Streik weiter zu führen, ohne Rücksicht darauf, ob die Bürokratie des Baugeverksbundes versagt, Streikverbänden zu organisieren oder nicht. Die Unternehmer haben nunmehr zum zweiten Male bei der Reichsregierung um militärischen Schutz nachgesucht. Aus Un-

schuld einer Demonstration, die am 14. Mai nach der schon erwähnten Verammlung stattfand, sind zwei Hunderttausend Stipo alarmiert worden. Weil die Chemnitzer Bauarbeiter sich weder durch Hunger noch durch die Maßnahmen der Bürokraten des Baugeverksbundes von ihrem Kampf gegen das Unternehmertum abhalten lassen, sollen sie durch die Bajonette der Reichswehr dem Unternehmertum gefügig gemacht werden.

Trotz Hitze und Verleumdung, trotz Stipo und Reichswehr, trotz Hunger und Entbehrung werden die Chemnitzer Bauarbeiter ihren Kampf gegen den Lohnabbau, für die Verbesserung der Ferienrechte weiter führen.

Da der Kampf der Ausgeschlossenen Chemnitzer Bauarbeiter weiter geht, ist es Pflicht der Klassenbewußten Bauarbeiter, die Chemnitzer Kollegen, die nun schon die siebente Woche im Kampfe stehen, mit allen Mitteln zu unterstützen. Vor allem Dingen ist Zugang nach dem Chemnitzer Industriegebiet fernzuhalten.

Kollegen! Bauarbeiter! Welt Solidarität! Unser Sieg ist Euer Sieg!

Reichsfraktion der oppositionellen Bauarbeiter Deutschlands.

J. A. Otto Bachmann.

Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands.

Bezirksverein Chemnitz, Hauptstr. 2.

J. A. Hans Richter.

Gesammelte Gelder sind per Zahlkarte einzuzahlen unter folgender Adresse: Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands, Chemnitz, Postfachamt Leipzig, Konto Nr. 24749

Der Bezirksverein Chemnitz hat über den bisherigen Verlauf des Kampfes und über das Verhalten der Bürokraten eine Flugblätter herausgegeben, die beim Kollegen Emil Fiedler, Chemnitz, Hauptstr. 2, angefordert werden kann.

gegen das rote Sachsen zu marschieren, denkt die SPD im Reiche nicht daran, Sachen zu tun. Die Politik, die die SPD treibt, ist direkt arbeiterfeindlich, sie bewies es bei dem Landtagswahlkampf, bei dem Verbot der proletarischen Hunderttausenden usw. Die bürgerliche Gesellschaft ist sich dessen bewußt und deshalb kann die Reaktion alle Tage frecher ihr Haupt erheben, und wenn die Kommunisten nicht die Augen offen halten und sich aktiv an dem Kampf um die soziale Revolution beteiligen, dann werden wir eines Tages überrollt und niedergeschlagen werden.

In der Diskussion bemerkten die Genossen Weigelt und Koffine, daß wir unser Augenmerk auf die Gewerkschaften richten müssen, denn man geht überall dazu über, christliche Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Genosse Vogel führte aus, daß in der Nähe von Peterwitz Offiziere in Zivil beobachtet wurden, welche mit Karren versehen, höchstwahrscheinlich Stellungen gesucht haben. Dasselbe wurde auch von einem Königszeiler Genossen bestätigt. Genosse Kändler, Kändler, führte aus, daß in Kändler und auch in Oberreit Quartiere für 30 Mann Kavallerie freigemacht wurden. Auf Befragen unseres Genossen wurde ihm erklärt, daß in nächster Zeit eine Uebersiedlung stattfindet, dabei weiß jedes Kind, daß zur jetzigen Zeit, wo die Saat bestellt ist, keine Uebersiedlung stattfinden kann. Wir sehen also, wie von allen Seiten Vorbereitungen zur Niederhauung der Arbeiter getroffen werden. Genosse Reimann nahm nochmals das Wort und forderte die Genossen auf, gerüstet zu sein, wenn die immer frecher werdende Reaktion, die sich gerade auf dem platten Lande am besten ausbreiten kann, zum Schlags gegen die Arbeiter ansetzt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung führte Genosse Reimann aus, daß wir nur jenseitig aus dem uns bevorstehenden Kampfe hervorgehen können, wenn wir unsere organisatorischen Pflichten erfüllen. Leider bleibt in den einzelnen Ortsgruppen viel zu wünschen übrig. Fragebogen und Berichte, die die Bezirksleitung fordert, werden immer noch sehr unzureichend eingekandt. Die Ortsgruppen erfüllen ihre Pflichten gegenüber der Bezirksleitung sehr schlecht. Die Ortsgruppen verlangen von den Kreisleitern, daß sie hauptsächlich auf allen Gassen sein sollen, aber sie selbst unterstützen den Kreisleiter zu wenig. Der Kreisleiter muß verlangen, daß die Ortsleitungen ihm alle Monate einen Bericht über den Stand der Ortsgruppe geben. Der Kreisleiter ist verpflichtet, der Bezirksleitung Bericht zu geben, wenn er im Stich gelassen wird, ist ihm dies nicht möglich. Genosse Reimann forderte die Genossen auf, ihn auch agitatorisch mehr zu unterstützen, denn wenn die Arbeit auf einem einzigen oder nur wenigen Lagen, dann sind diese wenigen halb so ausgearbeitet, daß sie am Ende ihrer Kraft sind. Die agitatorischen Lagen Genossen sind in der Lage, sich weiter fortzuschreiben, und da jeder einzelne bestrebt sein muß, immer etwas dazu zu lernen, müssen sie alle rebegeordneten Genossen dem Kreisleiter zur Verfügung stellen.

In der Diskussion versprochen die Genossen, das Geringe zu beherzigen und unverzüglich an die Arbeit zu gehen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung führte Genosse Reimann aus, daß wir die Landarbeiterfrage ganz besonders aufmerksam betrachten müssen, denn die Vorgänge im Landarbeiterverband sind nicht erträglich. Massenarbeit sind an der Tagesordnung, und wenn es uns nicht gelingt, auch in der Reihen der Landarbeiter die Idee des Klassenkampfes zu verpflanzen, so werden die Organ der reformistischen Landarbeiter-

führer leichtes Spiel haben und die Landarbeiter für ihre dunklen Tüme gewinnen. Genosse Kändler, Kändler, führte aus, daß die Erbitterung unter den Landarbeitern sehr groß ist. Sie haben immer noch einen Stundenlohn von 600 Mk.

Auch unter dem Punkte Verschiedenes entspann sich noch eine rege Debatte.

Alles in allem hat die Konferenz bewiesen, daß die Genossen im Kreise den Ernst der politischen Situation und die Notwendigkeit zäher organisatorischer Arbeit auf allen Gebieten begriffen haben.

Nun vorwärts zu neuer Arbeit!

Altwaßer. Öffentliche Versammlung. Am Freitag, den 18. Mai, fand im „Weißen Hof“ eine öffentliche Versammlung unserer Partei statt. Genosse Müller schilderte in seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen die gegenwärtige politische Lage, sowie die Vorgänge im Landtrage. Da sich in der Diskussion keine Gegner meldeten, darf man wohl sagen, daß jeder mit den Ausführungen einverstanden war. Dies zeigte sich auch darin, daß die Versammelten begeistert in das Hoch auf die 3. Internationale einstimmten. Eine am Schluß der Versammlung vorgenommene Zellerammlung ergab den Betrag von 4830 Mk. Ferner wurden zwei Neuaufnahmen für Partei und Presse gemacht und für 8000 Mk. Zeitschriften verkauft.

Stettin. Achtung Genossen! Am Sonntag, den 27. Mai findet der geplante Ausflug nach Kolonie Hochwald (Glashütte) statt, woran wir alle Mitglieder nochmals erinnern und sie ersuchen, sich rege mit ihrer Familie daran zu beteiligen. Für Kinder gibt es den Wasser-Kaffee gratis aber ohne Gebäd. Umarsch punkt 1 1/2 Uhr vom Topmarkt aus. Auch wird sich die A. J. daran beteiligen und durch Volkskassen die Zeit verreiben. Auch die Ober-Hermsdorfer Genossen mit Familie sind eingeladen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Betriebsrätewahl bei der Reichseisenbahn in Breslau

In Nr. 115 der „Volkswacht“ berichteten die Verbandsbürokraten des DEB über das Ergebnis der Betriebsrätewahl am 11. und 12. Mai des ganzen Bezirks Breslau und prahlen mit dem guten Erfolg für den DEB.

In ihrem Bericht fassen sie auch von einer schmachvollen Niederlage einiger, wegen verbandsschädigender Haltung aus dem DEB ausgeschlossener Kollegen und einer DEB-Liste Grimm-George. Sie wollen der Öffentlichkeit mit derartigen Täuschungen glauben machen, als wenn die Liste Grimm-George im ganzen Bezirk zur Wahl gestanden hätte. Die Liste Grimm-George war eine dem Willen der Mehrheit entsprechende Belegschaftsliste des B. V. II Breslau-Oberort. Beweis dafür nachstehendes Resultat: Liste I Grimm-George 5 Sitze, Liste III DEB 4 Sitze. Der DEB hatte bei dieser Wahl gegenüber dem Vorjahre 183% Stimmenerlust, und somit widerlegt sich ihr Bericht von selbst.

Hätten die ausgeschlossenen Kollegen, welche immer noch das größte Vertrauen bei den Eisenbahnern im Bezirk Breslau besitzen, den Wunsch dieser Kollegen respektiert und auf einer Betriebsratsliste kandidiert, würden dem DEB mindestens 1/3 der Sitze verloren gegangen sein.

Die Probe kann ja bei der nächsten Wahl gemacht werden, wenn überhaupt bis dahin diese im wahren Sinne verbandsschädigenden Bürokraten noch auf ihren Sesseln sitzen sollten; da wird ihnen wahrscheinlich das mitleidige Lächeln vergehen. Neuherten doch diese Verbandsbürokraten des DEB, vor der Wahl sich sicher zu fühlen, daß die im B. V. II aufgestellte Liste Grimm-George nur die Stimmen der dort tätigen Kommunisten bekommen werden. Ganz still würden sie aber, als sie nach der Wahl feststellen müßten, daß ihnen durch diese Belegschaftsliste 133% der Stimmenzahl des Vorjahres in diesem Wahlzuge abgenommen wurden.

Die Eisenbahner werden allmählich wach; am eigenen Leibe verspürten sie, in welches Elend sie durch diese sogenannten Führer der Klassenkampforganisation geraten sind. Die Eisenbahner haben erkannt, daß ihre Gewerkschaftsführer nur Sektionshelfen sind, die sich gern umgeben, irgendwelche Erfolge auf ihre Fahne zu schreiben und in Wirklichkeit sehr wenig Vernünftiges für ihre Mitglieder tun. Beweis: Die letzten Lohnverhandlungen: Die Eisenbahner erhalten jetzt an Wochenlohn 4 Reichensmark. Die Verbandsangestellten des DEB fördern diese Verelendung der Eisenbahner anstatt zum Kampf aufzurufen, weil sie Angst vor ihrer eigenen Courage haben.

Bericht von der Kartellierung in Freiburg

Die am Donnerstag stattgefundene Kartellierung war schwach besucht. Die Pfingstfeiertagskündigung machte sich bemerkbar. Unter Punkt 1 verlas der Vorsitzende einige Eingänge von AOB. Auf eine Werbung um die durch Tod freigewordene Stelle des Arbeitersekretärs wurde geantwortet, daß dieselbe vorläufig nicht besetzt wird. Die Abrechnung des 1. Quartals war folgendes Bild: Mitgliederbestand 3926. Massenbestand beträgt 487422 Mk. Außerdem sind noch 40 Tausend Kohlen vorhanden. Die Masseier ergab einen Ueberschuß von 178560 Mk. Davon werden 80000 Mk. dem Bildungsausschuß überwiesen. Zu den Einkommenverursachern wurden die Kollegen Krüger, Krebs, Rogus und Lorenz gewählt, als deren Vertreter Köhler, Kitzmann, Kändler. In dem Zimmer des Arbeitersekretärs sollen Reichsratsstunden eingerichtet werden. In den Abenden sollen die Verbände ihre Vorstandssitzungen abhalten können. Eine längere Debatte entspann sich durch eine Anfrage des Kollegen Krause, welcher das Zimmer für den Konsumverein zurückerhalten wollte. Dies wurde abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen.

Der Streik im Waldenburger — **Angewerke** hat sich nunmehr auch an den hiesigen Ort angeschlossen. Auch Schweidnitz hat sich dem Streik angeschlossen. Neutode und Larbeschut werden ebenfalls noch zu dem Streik Stellung nehmen.

nicht die Rede sein. Bezeichnend ist, daß der Peijer des Stabilisierens Bittor Maslanowski noch nebenbei eine Klempneri und eine Metallverwertungsteile sowie Druderei besitzt und als sehr vermögenden Mann gilt.

Solange die Bezahlung der Angestellten und die Leistungen des Partees nicht bessere sind werden die organisierten Arbeiter den „Zeltgarten“, dessen Eintrittspreise durchaus nicht gering sind, meiden müssen.

Vortrags-Offizier. In den nächsten drei Sonntagen hält Genosse Maxo Jahng in dem Suberius-Saal einen Vortrags-Offizier über „Dualismus und Monismus“, in dem er die Entwürdigung des Menschengeistes von der Gottesfurcht zum Selbstbewußtsein vom psychologischen resp. geschichtsmaterialistischen Gesichtspunkte aus behandeln wird. Näheres siehe Inserat!

Aus der Provinz

Landeshut. Gegen den Riets-Bucher! Die in den letzten Wochen trotz „Kartellisierung“ wachsende Dollarteigerung hat die Kreise derer auf großen Profit um jeden Preis eingestellten Schieber und Bucherer aufs Neue in einer Weise angeregt, was geradezu provozierend wirken muß. Auf der einen Seite prächtigste Anzeichen der Preise aller Bedarfsartikel, auf der anderen Seite kein Verdienst für ausgleichende Guldabgabe, wie die Lohn-Verhandlungen in allen Berufen beweisen. Arbeitslosigkeit, Hunger, Kälte, die werden das Volk zur Verzweiflung. Um das Maß des Elends richtig zu machen, um zu den Ernährungs- und Ueberschneidertigkeiten noch das Wohnungsseid ins Ungeheure zu steigern, wach nun von den Hanspaks an eine Erhöhung der Höchstpreise für Mietzinsaufschläge gedrängt. Die ungeheure Erhöhung der Mieter durch die 100-prozentige Wohnungsüberabgabe, die schon heute den Bewohnern zugebilligten Zuschläge in den vertriebenen Formen genügen diesen edlen Mitmenschen noch lange nicht, es muß also mehr auf den Markt des ephemerer Hanspaks gehandelt werden. Die Mieterbewegung bewegt sich nun deshalb die Mieter allerorten zu großen Protesterhebungen an. Sie geht auf dem Standpunkt, daß den Wünschen der Hanspaks seitens der Regierung solange die Zustimmung verweigert bleiben muß, bis Ausnahmeverordnungen über festgesetzte Preisänderung der erhebensten Zuschläge gegeben sind. Für den Preis Landesgut nun wir deshalb alle Mieter für Sonntag, den 27. Mai, um 11 Uhr auf dem Marktplatz zu einer großen Kundgebung an. Alle Mieter sind deshalb in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, die nächsten Tage zu reger Propaganda für diese notwendige Kundgebung an den Arbeitsplätzen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu benutzen für die Parole: „Auf zur Demonstration!“

Striegau. Unsere Kreisversammlung fand am 13. d. Mts. in Striegau statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die politische Lage und die Aufgaben unserer Partei. 2. Organisatorische. 3. Landarbeiterfragen. 4. Verschiedenes. Genosse Reimann eröfnete um 9 1/2 Uhr die Konferenz und hielt darauf das Referat über „Die politische Lage“. Er zeigte den Genossen an veranschaulichten Beispielen, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiter mehr um die Vorgänge, die sich im Agrargebiet abspielen, kümmern. Uebergend zur Frage der tatsächlichen Arbeiterregierung forderte er die Anwesenden auf, ihr bevorstehendes Augenmerk auf Sachen zu richten. In Sachen heißt keine reine Arbeiterregierung, sondern nur eine sozialistische Arbeiterregierung und tragen die tatsächlichen Organisationsarbeiten sind, alle Tage

Land dem Volke!

Sozialdemokratischer Bodenreform-Antrag

Von H. R a u

Mit dem Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft steigt sich in den Kreisen der Landarmen Bauern, Siedler und kleinen Pächter der Schrei nach Land. Erfüllung kann dieser Schrei nur finden im Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft. Damit kommt die Politik der SPD. in Konflikt mit den sozialdemokratischen Anhängern, die sich aus der landungstüchtigen kleinhäuslichen Bevölkerung rekrutieren.

Obwohl der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Bodenreformantrag deutlich den Widerspruch zwischen dem Versuch einerseits des Ausweichens vor dem Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft, und andererseits des Rechnungstragens gegenüber jenen Kreisen der sozialdemokratischen Anhänger aufweist, kann er doch als erster schwacher Erfolg der anstimmenden Siedler, Kleinpächter und landarmen Bauern betrachtet werden.

Die Hauptpunkte des sozialdemokratischen Bodenreform-Antrages sind folgende:

Die Privateigentümer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlich oder 100 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Bodens sind verpflichtet, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten.

Der Wald verbleibt dauernd im Eigentum des Reiches.

Bei der Verwertung des landwirtschaftlichen Bodens sind nach Möglichkeit die Bedürfnisse der Siedlung in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen. Bäuerliche Siedlungen und alle entwicklungsfähigen kleinstädtischen Betriebe sind bis zur Mindestgröße einer Acker-nahrung (im Reichsriedlungsgebot ist die Acker-nahrung als Höchstgrenze festgesetzt) zu gestalten, geschlossene Güter können unter Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter bei der Verwaltung durch öffentliche Bewirtschaftung (Reich, Länder, Gemeinden) übernommen werden. Auch können Genossenschaften berichtigt werden, wenn eine sachgemäße Bewirtschaftung gewährleistet ist. Der enteignete landwirtschaftliche Boden bleibt Eigentum des Reiches und darf zur Nutzung nur in langfristiger Pacht, Erbpacht oder nach Heimstättenrecht vergeben werden.

Die auf dem enteigneten Boden bisher beschäftigten Arbeiter sollen bei seiner Verwertung als Siedlungsland in erster Linie als Siedler berücksichtigt werden.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Klein- und Mittelbetriebe ist mit öffentlichen Mitteln zu fördern, ebenso alle Bestrebungen, die dem unmittelbaren Austausch zwischen den Erzeugern und Verbrauchergenossenschaften dienen.

Die bestehenden Pachtverträge sind auszubauen mit dem Ziel, die Interessen des kleinen Pächters zu stärken gegenüber privater Grundherren, die lediglich Rente beziehen, ohne der Volkswirtschaft einen Dienst zu leisten.

Des Weiteren wird für die Gemeinden ein Vorkaufsrecht zur Förderung der Heimstätten- und Gartenpolitik gefordert und zeitweise oder dauernde Entziehung der Bewirtschaftung bei solchen Betrieben, in denen die Ausnutzung des Bodens vernachlässigt wird, und zwar ohne Unterschied der Betriebsgröße.

Dieser Bodenreformantrag der SPD-Führer heißt weit hinter dem Antrag des Kleinbürgerlichen Reichsbundes für Siedlung und Pachtung zurück. Der sozialdemokratische Antrag will nur eine Enteignung für das 750 Hektar, also 3000 preuß. Morgen überschreitende Land des einzelnen Eigentümers. Es wird damit nur ein geringer Teil des Landes der großen Landwirtschaftskreise erfaßt, während der Antrag des Reichsbundes nicht nur einen weit größeren Teil des Großgrundbesitzes fordert, sondern auch die Enteignung eines Teiles des Großbauernlandes. Nach dem sozialdemokratischen Antrag wird nur in wenigen Fällen dem Landhunger der landarmen Bauern und Siedler und Kleinpächter Rechnung getragen werden. Vor allem trifft dies in Süd-, West- und Nordwestdeutschland und auch in Mitteldeutschland zu.

Dabei ist zu beachten, daß es selbst dem Reichsbundesherrn ein Leichtes ist, den zahlreichen Enteignungsvorschlägen der Sozialdemokraten zu entgegen. Nehmen wir z. B. ein Gut von 900 Hektar. Geht der bisherige Privateigentümer dazu über, 300 Hektar davon seinem Sohn, seiner Frau, oder sonst einem Strohmännchen zu überschreiben, dann braucht er nach dem sozialdemokratischen Antrag kein Land abzugeben, da ja nur Privateigentümer von 750 Hektar dazu herangezogen werden. Der SPD-Bodenreformantrag hat eben ein genügend großes Hintertürchen.

Ungeachtet ist die Festsetzung der Grenze von 100 Hektar für Forsten, obwohl auch hier das oben gekennzeichnete Hintertürchen stark benutzt werden kann.

Dieses Hintertürchen wurde bewusst in dem sozialdemokratischen Antrag offengelassen. Der „Vorwärts“ vom 17. Mai schreibt in der Begründung dieses Antrages:

„Es kann keine Rede davon sein, etwa die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die großen Güter wahllos zu enteignen oder aufzuteilen. Sollte man den Eigentümern eines Großbetriebes enteignen, der seinen Betrieb selbst leitet, so würde man zugleich jemand aus der produktiven Arbeit herausreißen, der, wenn auch privilegiert, doch als Wirtschaftsteiler gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet.“

Da Enteignung durch den Staat nur die Änderung des Eigentumstitels bedeutet, d. h. die Übernahme der Güter aus Privat- in Staats Hände, bedeutet das keineswegs ein wahlloses Zerbrechen und Aufteilen der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Geschlossene Großbetriebe können sehr wohl von den zu kaufenden heute brachliegenden Gutsbesitzern unter Kontrolle der Landarbeiterorgane im Auftrage des Staates bewirtschaftet werden. Damit fällt das Argument des „Vorwärts“ gänzlich zusammen. Es zeigt nur drohisch den in der sozialdemokratischen Phrasologie gegenüberstehenden Widerspruch. Phrasen für die Werttätigen, Nichtantasten bezw. praktische Unterstützung der kapitalistischen Herrschaft über die Produktion.

Ein scharf hervorleuchtender Gegensatz zwischen dem Antrag des Kleinbürgerlichen Siedlungsbundes und dem „Programm der sozialdemokratischen Partei“ (so nennt der „Vorwärts“ diesen Bodenreformantrag. Der Verf.) kommt in der Entschädigungsfrage für das zu enteignende Land zum Ausdruck. Der Siedlungsbund fordert Enteignung ohne Entschädigung, das sozialdemokratische Pro-

gramm fordert Enteignung mit Entschädigung. Es heißt in dem „Programm der SPD“:

„Als angemessene Entschädigung ist der für die Veranlagung der Vermögenssteuer festgelegte Wert der Grundstücke zu zahlen.“

Die landarmen Bauern, Siedler und Pächter werden die geringen Reformen, die der sozialdemokratische Antrag in sich birgt, unterfertigen, wie sie auch die Unterstützung der Kommunistischen Partei finden werden. Sie werden aber nicht stehen bleiben bei den sozialdemokratischen Forderungen, sondern energisch den Kampf um das Land fortsetzen gegen die Großbauern und Junker, zumal in Deutschland nicht weniger als drei Millionen Hektar großagrarisches Land laut letzter amtlicher Anbaustatistik ungebaut liegt. Sie werden den Kampf führen müssen um ihrer Existenz willen, auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer.

Der Gegensatz zwischen den Kleinbäuerlichen Schichten und ihren Forderungen gegenüber der Politik der sozialdemokratischen Führer muß und wird täglich größer werden. Schon hat der „Vorwärts“ zum Rückzug vor den Junkern auch in diesem Falle geblasen. Der deutsch-

national-junkertrofen „Deutschen Tageszeitung“ gefaßt die wenigen Reformen des sozialdemokratischen Antrages nicht und prompt erklärt der „Vorwärts“ vom 18. Mai 1923:

„Wollten die Agrarier sachlich daran mitarbeiten, so würde ihr Rat wohl zu beachten sein. Es handelt sich in dem Antrag doch um Reichsrenten, nicht um fertige ...“

Die Siedler, Kleinpächter und landarmen Bauern, die bisher noch sympathisierende Anhänger der SPD. sind, müssen erkennen, daß die SPD-Führer bereit sind, selbst von den wenigen Reformvorschlägen abhandeln zu lassen. Sie müssen dem Verrat ihrer Interessen entgegenstreiten. „Land dem Volke!“ — Dieser vom „Vorwärts“ geprägte Ruf muß überall Schlägruf der kämpfenden arbeitenden Bevölkerung werden im Kampfe gegen die kapitalistische Herrschaft, im Kampfe an der Seite des Industrieproletariats, um die Herrschaft der Ausgebeuteten und Unterdrückten über die gesamte Wirtschaft. Die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer, die Mobilisierung des Bodens für die arbeitende Bevölkerung kann nur durchgeführt werden unter einer Arbeiterregierung.

Beschlüsse der Stadtverordneten

500 Millionen für Notstandsarbeiten — Ein Tropfen auf den heißen Stein des Arbeitslosenleides — „Erhöhung“ der Arbeiterlöhne und Gehälter der Beamten — Erhöhung der Straßenbahnfahrtpreise um 20 Prozent

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung erledigte ihre reichhaltige Tagesordnung schnell und reibungslos. Der insolge des Panzerrottes der Suno-Politik kleinlaut gewordene blaue schwarze Block wagte nicht, sich maßig zu machen. Und die SPD. schlug in Vorabnung der kommenden großen Koalition im Reich lauffere Töne an.

Weder Zwischen- noch Ordnungsrufe, auch kein Mißklang störte die harmonische, vom Pfingstgeist durchdränkte Stimmung des hohen Saales.

Im Vordergrund der Beratung stand die Bewilligung von Notstandsarbeiten. Hierfür sah die von dem Stadtverordneten Manderscheid begründete Magistratsvorlage 280 Millionen vor. Stadtverordneter Wirsing stellte den Zusatzantrag, in Anbetracht der Geldentwertung, den ausgedehnten Betrag auf 500 Millionen Mark zu erhöhen.

Mit Recht wies der Oberbürgermeister darauf hin, daß bei der großen Arbeitslosigkeit auch eine Summe von 500 Millionen nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet.

Die Versammlung stimmte dem Antrag zu, doch soll über die Verteilung der weiteren 300 Millionen Mark erst der Ausschuß bestimmen.

Es muß geordert werden, daß die Ausschussberatung auf schleunigstem Wege erfolgt und die Notstandsarbeiten sofort in Angriff genommen werden.

Von den bewilligten 500 Millionen können bei der steigenden Geldentwertung u. S. etwa 1000 Erwerbslose vier Wochen hindurch zu Tariflöhnen beschäftigt werden. Wenn man aber wieder Wochen verstreichen läßt bis zur Inangriffnahme der Arbeiten, dann können statt 1000 Arbeiter nur noch 500 beschäftigt werden. Im übrigen dürfen die vom Magistrat in Angriff genommene Notstandsarbeiten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Staat und Gemeinde unfähig sind, den Opfern des Pro-

duktionsprozesses zu helfen. Tausend Arbeitslosen wird vielleicht geholfen werden, auf die Dauer von vier Wochen. Zehntausend wird mehr stehen vor dem Nichts und gegen ihrem Untergang entgegen.

Ein Antrag des Stadtverordneten Wirsing, den Magistrat zu ersuchen, weitere durch Zwischenskredit aufzubringende Mittel zur Behebung der Baukäuflichkeit und Milderung des Wohnungsleides und der Arbeitslosigkeit bereitzustellen, wurde zwar angenommen. Ob und wann der Antrag zur Tat werden wird, steht dahin, denn Leere grüßt aus allen städtischen Kassen.

Die Straßenbahn war in den letzten Wochen ausnahmsweise mal von Defizit befreit. Ausgaben und Einnahmen deckten sich. (Es klingt wie ein modernes Märchen a la Otto Reutter.) Gestern schaffte die kluge, weisliche Stadtverordnetenversammlung durch weitere 20 Prozent Erhöhung der Fahrpreise wieder die Grundlage für weiteren Rückgang der Zahl der Fahrgäste und das Eintreten des üblichen Defizits.

Angenommen wurde ferner die Magistratsvorlage betreffend Erhöhung der Arbeiterlöhne und Gehälter gemäß den Lohnamtsberechnungen.

Die dadurch entstehenden Mehrausgaben in Höhe von 9 1/2 Millionen wälzte die Stadtverordnetenversammlung wiederum auf die Verbraucher von Gas und Elektrizität ab. Die „Blutsteuer“ wurde brutal angelegt. Der Kubikmeter Gas wird um 60 Mark, die Kilowattstunde Elektrizität um 162 Mark erhöht.

Und zwar ohne Debatte! Indirekte Steuern — Blutsteuer, wie sie der Oberbürgermeister Wagner nennt — geben bei der Stadtverordnetenmehrheit bereits als Selbstverständlichkeit und einzige Möglichkeit den Etat zu balanzieren.

Neue Einnahmequellen durch Kursteuern usw. zu erschließen, liegt der Wahrheit fern. Die

Die sieben Sünden.

Ein sozialer Roman von Jac London.

50] Hier muß ich ein Wort einlegen für den edelsinnigen Terroristen, der schrecklicher als irgendein Genosse in der Revolution mißverstanden worden ist. Genosse Niedenbach hat keinen Verrat an der Sache geübt. Er ist auch nicht, wie gemeinhin angenommen wird, von den Genossen hingerichtet worden. Diese Sünde ist durch die Kreaturen der Oligarchie in Umlauf gesetzt worden. Genosse Niedenbach war zerschüttert, vergeblich. Er wurde von einer unserer Wachen beim Höhlenversteck am Carmel erschossen, und zwar weil er sich der geheimen Parole nicht sofort erinnerte. Es war ein trauriges Versehen. Und daß er seine Kampfgruppe verraten hat, ist eine grobe Lüge. Wie hat einer christlicher und aufrichtiger zur Sache gestanden, als er.

Neunzehn Jahre lang ist das Versteck, das ich ausgehakt hatte, fast ununterbrochen bewohnt gewesen, aber während dieser ganzen Zeit ist es, mit Ausnahme eines Falles, nie von einem Aufstehenden entdeckt worden. Und doch lag es nur eine Viertelmeile von Widons Jagdhütte entfernt und eine knappe Meile vom Dorf Glen. Ich konnte immer die Morgen- und Abendzüge ankommen und abfahren hören, und ich pflegte meine Uhr nach der Weise auf der Siegelei zu richten.

19. Kapitel

Verwandlung.

„Du mußt dich gänzlich umgestalten,“ schrieb mir Ernst. „Du mußt aufhören zu sein. Du mußt eine andere Frau werden — und zwar nicht nur in der Kleidung, sondern innerhalb deiner Haut unter den Kleidern. Du mußt dich so umgestalten, daß selbst ich dich nicht erkennen würde — deine Stimme, deine Gestalt, deine Bewegungen, deine Haltung, deinen Gang, alles.“

Ich gehörte diesem Besehl. Stundenlang übte ich täglich daran, die alte Avis Eberhard unter der Haut einer anderen Frau, die ich mein anderes Ich nennet möchte, zu begraben. Nur nach langer Übung konnte ein Erfolg erzielt werden. Die Einzelheiten der Stimmbildungen übte ich fast ununterbrochen, bis die Stimme meines neuen Ich die feste Sonnhöhe erhielt. Es war die automatische Anpassung an die Rolle, die gebieterisch in Betracht kam. Man mußte sich hineinleben, als gelte es, sich selbst zu täuschen. Es war, wie wenn man eine neue Sprache lernt, sagen wir Französisch. Zunächst ist das Französischsprechen lediglich ein Willensakt. Der Studierende denkt englisch und überseht dann auf französisch, oder liest französisch und überseht aber ins Englische, bevor er es verstehen kann. Später dann, wenn er eine feste Grundlage hat, liest, schreibt oder denkt der Schüler französisch ohne jede Zuflucht zum Englischen.

So ist es auch mit unseren Verstellungen. Wir mußten so lange üben, bis unsere angenommenen Rollen wirklich wurden, bis eine machsame und strenge Willensübung erforderlich gewesen wäre, um wieder unser ursprüngliches Ich zu sein. Natürlich war vieles zuerst nur ein tölpelhafter Versuch. Wir schufen eine neue Kunst, und da mußten wir vieles entdecken. Aber die Sache machte immerhin Fortschritte; die Meisten in dieser Kunst waren in der Entwicklung begriffen, und ein Schatz von Kniffen und Hilfsmitteln wurde gesammelt. Dieser Schatz wurde eine Art Lehrbuch, das ein Teil des Lebenlaufes, das es was, in der Schule der Revolution angewandt wurde.

In diese Zeit fiel das Verschwinden meines Vaters. Seine regelmäßigen Briefe blieben aus. Er erschien nicht mehr in unserer Wohnung in der Hellstraße. Andere Genossen suchten ihn überall. Durch unseren Geheimdienst ließen wir alle Gefängnisse des Landes durchsuchen. Aber er war so gänzlich verschwunden, als ob die Erde ihn verschlungen hätte, und bis auf den

heutigen Tag ist noch kein Faden, der zu seinem Ende hinführt, entdeckt worden.

Sechs einame Monate brachte ich in meinem Zufluchtsorte zu, aber es waren keine mühsigen Monate. Unsere Organisation ging zusehends vorwärts, und es gab immer Berge von Arbeiten, die erledigt werden mußten. Ernst und seine Mitführer gaben aus ihren Gefängnissen Anweisung, was geschehen sollte; uns uns, die wir außen standen, verließ die Ausführung. Es handelte sich um die Organisation der mächtigsten Propaganda, die Organisation unseres Spionagesystems mit all seinen Verzweigungen, die Errichtung unserer geheimen Druckereien und die unserer Untergrundbahnen; letzteres bedeutete das Zusammenfügen unserer unzähligen Zufluchtsplätze und die Bildung neuer Zufluchtsstätten, wo in den Ketten, die sich über das ganze Land erstreckten, Glieder fehlten.

Freudlich wurde die Arbeit nicht vollendet. Nach Verlauf von sechs Monaten wurde meine Einsamkeit durch die Ankunft von zwei Kameraden unterbrochen. Es waren junge Mädchen, mutig und von leidenschaftlicher Freiheitsliebe befeuert: Lora Petersen, die im Jahre 1922 beschwand, und Kate Pierce, die später Du Bois heiratete und jetzt noch zu uns gehört, und die ihre Augen der Sonne von morgen zuwendet, die uns hineinleuchtet in die neue Zeit.

Die beiden Mädchen kamen in einem Wirrwarr von Aufregung, Gefahr und plötzlichem Tod an. In der Gesellschaft auf dem Silberboot, das sie über die Bat San Pablo brachte, befand sich ein Spion, eine Kreatur der Eisernen Feste. Er hatte sich erfolgreich in die Masse eines Revolutionärs geworfen und war tief in die Geheimnisse unserer Organisation eingedrungen. Er war ohne Zweifel auf meiner Spur, denn wir wußten seit langem, daß mein Verschwinden für den Geheimdienst der Oligarchie der Gegenstand erster Sorge war. Glücklicherweise hatte er, wie es sich herausstellte, keine Entdeckungen gemacht. Er

hatte augenscheinlich keine Meldung veranlaßt, weil er vorzog, zu warten, bis er alles zu einem erfolgreichen Ende gebracht hätte, und zwar durch die Auffindung meines Versteckes und durch meine Gefangennahme. Seine Information stach mit ihm. Nachdem die Mädchen in Peterhuma Creek gelandet und zu Pferd gestiegen waren, ging dieser Spion unter irgend einem Vorwand vom Boot aufs Land.

Auf dem Wege zum Sonomagefährte ließ Carlson die Mädchen allein weiterreiten, nachdem er ihnen sein Pferd übergeben hatte, und ging zu Fuß zurück. Sein Argwohn war erwacht worden. Er bemächtigte sich des Spions, und über das, was weiter geschah, gab er uns eine aufrichtige Erklärung.

„Ich habe ihn erledigt,“ war Carlsons erste Schilderung des Vorganges. „Ich habe ihn erledigt,“ wiederholte er, wobei seine mühsigen arbeitsharten Hände sich beredt öffneten und schlossen. „Er war ganz still. Ich erschlug ihn, und heute Abend gehe ich zurück und scharr ihn tief ein.“

In dieser Zeit mußte ich oft staunend über meine Veränderung nachdenken. Manchmal erwachte es unmöglich, daß ich einestheils je in einem Universitätsstadt ein ruhiges friedliches Leben geführt hätte oder andernteils eine an Weltaktivität und Tod gewöhnliche Revolutionärin geworden wäre. Eins oder das andere kann nicht der Fall sein. Das eine war Wirklichkeit, das andere war ein Traum; aber welches? War das gegenwärtige in einer Höhle verborgene Leben ein schwerer Traum? Oder war es eine Revolutionärin, die irgendwo, irgendwo geträumt hatte, daß ich in einem früheren Dasein in Berkeley gelebt und nie ein Leben gekannt hatte, das stärkeren Inhalt hatte, als Drogen und Lang, diaphaner Gesellschaften und Drogenartikel? Aber dann denke ich, daß dies eine allgemeine Erfahrung aller derer war, die sich unter dem roten Banner der menschlichen Weltlichkeit gesammelt haben.

(Fortsetzung folgt)

